

Postulat von Bruno Kuhn (SVP, Lindau) und Ulrich Welti (SVP, Küsnacht)
betreffend der Schaffung einer zentralen Inkassostelle bei der Rechtspflege

Der Regierungsrat wird eingeladen, eine zentrale Inkassostelle für die gesamte Rechtspflege zu schaffen, damit die Debitoren besser bewirtschaftet werden können. Schuldner, die nach einem erfolglosen Betreibungsverfahren zu einem späteren Zeitpunkt wieder zahlungsfähig werden, könnten eher erfasst werden, die abzuschreibenden Gebühren würden kleiner.

Bruno Kuhn
Ulrich Welti

Begründung:

Der viel zu niedrige Kostendeckungsgrad der Rechtspflege und die schlechte Finanzlage des Kantons erfordern, dass die Debitoren nachhaltig bewirtschaftet werden. Das erfordert in vielen Fällen die Einleitung eines Betreibungsverfahrens. Endet dieses Verfahren mit der Ausstellung eines Verlustscheines, dann ist es wichtig, dass die Schuldner bei der Wiedererlangung der Zahlungsfähigkeit auch wirklich erfasst werden. Dazu sind oft aufwendige Verfahren nötig. Es wäre sinnvoll, wenn eine zentrale Stelle, zum Beispiel am Obergericht, diese Ueberwachung und die Nachforschungen für die gesamte Rechtspflege übernehmen könnte. Die abzuschreibenden Gebühren könnten bei einer zentralen Lösung stark gesenkt werden, die Verwaltungskosten würden zudem nur an einer Stelle entstehen.